

Bezugspreis:
Monatlich
durch Boten 3,50 RM.,
durch die Post 3,70 RM.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von E. Chr. Sommer,
Bad Godes und Diez.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Zahr-Note.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigengem.
Die einspaltige Zeile 60 S.
mitt. u. w. Freitag 80 S.
Reklamezeile 2,00 M.
Ausgabestelle:
Diez, Rosenstraße 24.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Karl Breidenbach, GmS.

Verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 144.

Diez, Mittwoch, den 30. Juni 1920.

26. Jahrgang.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Ps. Berlin, 29. Juni. (AB.) Verschiedene Nachrichten-Korrespondenzen behaupten, der Reichstag werde schon in den nächsten Tagen den Termin für die Wahl des Reichspräsidenten festlegen. Auch über den Zeitpunkt sei bereits Bestimmtes zu sagen. Nach der einen Korrespondenz sollte für diese Wahl ein Tag in der zweiten Hälfte des August, nach der anderen der 10. Oktober in Aussicht genommen sein. Wie verlautet, steht noch nicht einmal fest, ob der Reichstag, ehe er in die Sommerferien geht, sich überhaupt noch mit der Anberaumung des Wahltermins beschäftigen wird. Ueber einen bestimmten Tag aber ist bisher noch keinen Augenblick gesprochen worden.

Unsere Vertretung in Spa.

Ps. Berlin, 29. Juni. Heute findet eine Kabinetts-Sitzung statt, die den ganzen Tag in Anspruch nehmen dürfte und deren Verhandlungsgegenstand ausschließlich Spa ist. Außer dem Reichskanzler, dem Reichsminister des Innern und dem Reichsfinanzminister werden auch diejenigen Sachverständigen an der Konferenz in Spa teilnehmen, die bisher die finanziellen Verhandlungen mit der Entente geführt haben. Ob der Reichswehrminister Dr. Geßler nach Spa fährt, ist noch ungewiß. Die Abreise der deutschen Vertreter wird am 3. Juli abends erfolgen.

Einzelheiten über die Konferenzen.

Ps. Paris, 30. Juni. Im „Echo de Paris“ gibt ein Diplomat, der gut unterrichtet sein will, Einzelheiten über die Konferenzen von Spa und Brüssel. In Spa würden Reichskanzler Schrenk und Minister des Innern Stöcker ihre bekannten Beweise für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von 200.000 Mann Heeresstärke vorbringen. Bezüglich der schriftlich festgelegten Vorschläge über die Zahlungsmöglichkeit Deutschlands als deutsche Entschädigung und Wiedergutmachung würden die deutschen Vertreter wahrscheinlich Bedenken äußern oder eine mündliche Auseinandersetzung in Anbetracht des Umstandes, daß die Regierung erst seit einigen Tagen gebildet sei. Eine Vertagung sei daher wahrscheinlich, und nach 14 Tagen oder drei Wochen würden dann die Deutschen in Spa Vorschläge machen, die unmöglich angenommen werden könnten. Dann sei Spa eine reine Formsache. Andererseits glaubt der Diplomat, daß es in Brüssel zu einem vollständigen Finanzkommen kommen werde. Man werde versuchen, zu einem Ausgleich zu gelangen. Eine besondere Kommission arbeite daran bereits im Hotel Astoria unter dem Vorsitz Chupons. England sei dabei durch Sir John Bradbury vertreten. Der Bericht dieser Kommission werde in Brüssel zur Diskussion kommen.

Die Entwaffnungsnote.

AB. Berlin, 29. Juni. (Amtlich.) In der dem Vorfahren der deutschen Friedensdelegation in Paris übermittelten Note verlangen die alliierten Regierungen, daß die militärischen Kräfte Deutschlands auf die durch den Friedensvertrag bestimmte Stärke von 100.000 Mann herabgesetzt werden. Die für die Verabfolgung bewilligte Frist bis 10. Juli könne nicht verlängert werden. Ferner ist die Sicherheitspolizei innerhalb dieser Monate aufzulösen. Die Alliierten sind dagegen, um der deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ausreichende Polizeikräfte zu lassen, mit der Verstärkung der alten Ordnungspolizei von 90.000 auf 150.000 Mann einverstanden. Die alliierten Regierungen verlangen weiterhin gemäß Artikel 302 des Friedensvertrages die Auslieferung des gesamten Luftmaterials des Heeres und der Marine und geben im übrigen der Erwartung Ausdruck, daß die deutsche Regierung ihnen keinen Antrag auf Abänderung der militärischen Bestimmungen des Vertrages mehr vorlegen werde, da solche abschlägig beschieden werden müßten.

Erklärungen des Reichswehrministers.

Ps. Paris, 29. Juni. Reichswehrminister Geßler erklärte dem Vertreter des Matin, Jules Santer, daß deutsche Soldaten sich nicht wieder erheben, und keine Verpflichtungen erfüllen, wenn es nicht den innern Frieden sicherstellen könne. Deshalb sei es unbedingt notwendig, ein Heer von 200.000 Mann zu unterhalten. Die Erfahrungen der letzten 18 Monate hätten den Beweis geliefert, daß 100.000 Mann nicht genügen. Zur Bekämpfung der Unruhen im März 1919 seien 45.000 Mann notwendig gewesen, zur Niederschlagung der Räteregierung in München im April 1919 33.000 Mann, zur Bekämpfung der Unruhen in Hamburg im Juli 1919 19.000 Mann und im letzten Frühjahr seien im Ruhrgebiet 40.000 Mann tätig gewesen. Mit 100.000 Mann müsse man große Teile deutschen Gebiets ohne Schutz lassen. Auch die Entlassung von 50.000 der 100.000 Soldaten bedeute eine Gefahr, da die Entlassenen meistens zu extremen Parteien übergingen. Ohne ein Heer, das fähig sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten, sei die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiet des Wiederaufbaus aussichtslos. Dr. Geßler betonte übrigens noch, daß nicht nur Lloyd George und Winston Churchill, sondern auch sachverständige Franzosen die Anforderungen anerkannt hätten, die Deutschland mache, um zu einer Entwaffnung zu gelangen. Er habe die Überzeugung, daß nach gewissenhafter Prüfung der Lage Deutschland nicht mehr eines schlechten Willens beschuldigt werde.

Das Dienstvermögen der Volksschullehrer.

Ps. Berlin, 29. Juni. Der preussische Landesversammlung ist das neue Dienstvermögensgesetz für die Volksschullehrer zugeworfen. Das Gesetz tritt an die Stelle des Antin. Mai verabschiedeten Notgesetzes. Während das Notgesetz nur die Gehaltsfragen regelte, schafft das neue Gesetz auch für die übrigen Fragen eine Neuordnung. Die Frage des Grundge-

halts bleibt unberührt (6200 bis 9300 Mark gleich den Beamten in der Gruppe 7). Neuregelung wird: der Ortszuschlag beträgt bei bis 7000 Mark Grundgehalt in Ortsklasse a) 3000, b) 2400, c) 2000, d) 1700, e) 1400 Mark; bis 8100 Mark 3000, 2800, 2300, 1950, 1600 Mark; über 8100 Mark 4000, 3200, 2600, 2200, 1800 Mark. Verheiratete Lehrerinnen erhalten den Ortszuschlag zur Hälfte. Dienstwohnungen werden mit 70 b. H. angerechnet. Ferner wird bestimmt, daß den Landlehrern Hausgärten und Landnutzung zusteht. Bei Verbindung von Schul- und Pfarrämtern werden Stellenzulagen gewährt. Die Leiter von Schulen mit sechs und mehr Klassen erhalten Amtszulagen von mindestens 1200 Mark (Lehrerinnen 1000 Mark). Die bisher gewährten Naturalleistungen können verbleiben. Anrechnung auf das Dienstvermögen ist zulässig. Das Beförderungsalter der endgültig angestellten Lehrer beginnt mit dem Zeitpunkt der endgültigen Anstellung im öffentlichen Volksschuldienst, nicht vor dem Beginn des 27. Lebensjahres. Dienstzeiten an Privatschulen und Auslandsschulen werden angerechnet, wenn der Lehrer für jedes Jahr eine Einzahlung von 2200 Mark, die Lehrerin von 2000 Mark an die Landesbank leistet. Die anzurechnende Zeit darf nicht mehr als 10 Jahre betragen. Militär- und Kriegsdienstzeit werden als Schuldienst gerechnet. Zu den Bezügen an Grundgehalt, Grundvergütung und Ortszuschlag, zu den Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezügen sowie den Kinderbeihilfen tritt ein veränderlicher Ausgleichszuschlag, für den die Höhe des jeweiligen für die unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Satzes maßgebend ist. Dessen Höhe wird im Etat festgelegt und beträgt zurzeit 50 b. H. der genannten Bezüge. Das Lehrerruhegehaltsgesetz erhält die gleichen Änderungen wie das Beamtenpensionsgesetz, es erfolgt auch hier Gleichstellung des Witwengelds mit dem Normalgehalt mindestens 900 Mark betragen. Die Vorschriften über Gnadenbezüge, Zahlungsweise des Einkommens, Umzugskosten werden den entsprechenden Bestimmungen der Beamtenverordnungen angepaßt. Auswärtige Lehren bei Stellenwechsel regelt im Bedarfsfälle die Schulaufsichtsbehörde. Schließlich regelt der Entwurf die Ausübung der persönlichen Unterhaltungsleistungen der Volksschulen und des Mehrbedarfs für die Erhöhung der Einkommen unter Aushebung der Bestimmungen des Volksschulunterhaltungsgegesetzes. Es ist unter Auflösung der bisherigen Alterszulagen, Ruhegehalts- und Volksschullehrerwitwen- und Waisenzulagen die Einrichtung einer Landesbankkasse vorgesehen, die die erforderlichen Geldmittel durch Staatsbeiträge, Schulverbandsbeiträge und eigne Einnahmen erhöht und die Zahlung aller Gehälter und Pensionen übernimmt. Die Staatsbeiträge werden erheblich erhöht. Der Staat zahlt alle alten Pensionen, ferner ein Viertel des Einkommens und der neuen Pensionen; außerdem stellt der Staat ein sogenanntes Wechselgeld, das nach der Zahl der die Volksschulen besuchenden Kinder berechnet wird, zur Verfügung. Die Staatsleistungen haben zur Folge, daß der Staat etwa drei Viertel der persönlichen Schulunterhaltungskosten trägt und die Gemeinden nur noch ein Viertel. Bisher war das Verhältnis umgekehrt. Die Gegenleistung ist ein größerer Einfluß des Staates auf die Verwaltung der Volksschulen, eine Frage, die ebenfalls der Entwurf regelt. Anstellungsbehörde ist die Schulaufsichtsbehörde.

Die Abstimmungszüge nach Ost- und Westpreußen.

Wie die Eisenbahndirektion Königsberg mitteilt, haben die in Warschau geführten Verhandlungen über die technische Durchführung von Abstimmungsreisen aus dem Reich durch den polnischen Korridor über Königsberg-Marienburg und zurück zu einem für uns günstigen Ergebnis geführt. Die Polen erklären sich mit dem Vorschlag der Eisenbahndirektion vom 1. Juli bis 9. Juli täglich sieben Sonderzüge aus dem Reich durchzuführen, ebenso vom 13. bis 21. Juli nach der Abstimmung zurückzuführen, einverstanden. Die gesamten Wagen und die Lokomotiven werden von Deutschland gestellt. Im polnischen Korridor begleitet ein polnischer Lokomotivführer den deutschen auf der Maschine. Die internationalisierte Kommission wird die militärische Beobachtung der Züge durch den polnischen Korridor durch internationalisierte polnische Organe vornehmen. Eine Kontrollkommission der Alliierten findet nicht statt, doch behält sich die polnische Verwaltung das Recht vor, Stichproben vorzunehmen, namentlich auch daraufhin, ob keine Waffen mitgeführt werden. Im übrigen findet sowohl bei der Einreise wie bei der Ausreise eine sehr starke Kontrolle der Personalausweise durch die internationalisierte Kommission statt. Es ist daher dringend darauf zu warnen, diese nur für Abstimmungsberechtigte bestimmten Sonderzüge zu benutzen, wenn die Reisenden keinen Wahlausweis zur Abstimmung besitzen. Die Bewegung der Sonderzüge über den Landweg sowohl wie insbesondere auch im Anschluß an den Seeweg über Pillau steht somit in Ostpreußen mit dem 2. Juli voll ein. Dazu tritt fünf Tage vor der Abstimmung, vom 6. Juli ab, noch ein harter Sonderzugverkehr zur Heranschaffung der Abstimmungsberechtigten aus Ost- und Westpreußen selbst in die Abstimmungsbezirke. Es ist mit einer Gesamtzahl von mindestens 140.000 Menschen zu rechnen, die innerhalb kurzer Zeit herau und nach dem 11. Juli wieder abzufahren sind.

Verchiebung des Lohnabzugs.

Berlin, 29. Juni. Die Schwierigkeiten, die durch die mangelhafte Vorbereitung des 10-prozentigen Steuerabzuges vom Lohn und Gehalt entstanden sind, wurden gestern im interfraktionellen Ausschuss des Reichstages besprochen. Von verschiedenen Seiten wurde angeregt, wenigstens die Durchführung auf einen späteren Termin zu verschieben. Der Finanzminister erklärte sich bereit, auf diesen Vorschlag einzugehen und entsprechende Verfügungen zu treffen.

Berlin, 29. Juni. Mit Rücksicht auf die besonderen Schwierigkeiten, die bei der Abgabe der ersten Steuererklärung entstehen, hat sich der Reichsminister der Finanzen damit ein-

verstanden erklärt, die Frist zur Abgabe der Steuererklärung hinauszuschieben. Als Schlusstermin zur Abgabe der Steuererklärung ist der 15. August 1920 festgesetzt.

Vereinigungsbestrebungen in Bayern.

Den Frankfurter Nachrichten wird aus München gemeldet: Der Gedanke der Vereinigung der beiden bürgerlichen Parteien wird in Bayern neuerdings scharf propagiert. Die Mitteilungen des demokratischen bayerischen Justizministers Dr. Ernst Müller in der Wiener Neuen Freien Presse, der ausführt, daß ein Zusammengehen der Demokraten mit der Deutschen Volkspartei eine absolute Notwendigkeit sei, sind in den demokratischen Kreisen, besonders Schwabens und Frankens, außerordentlich begrüßt worden. Die demokratischen Augsburger Neuesten Nachrichten haben wiederholt zu der Frage Stellung genommen und in ihren letzten Ausführungen die Hoffnung geäußert, daß sich innerhalb der Deutschen demokratischen Partei das bayerische Element wohl scharfer durchsetzen werde. Im gleichen Artikel setzt sie sich für eine scharfe Scheidung von den Sozialdemokraten ein und führt einen Auspruch des demokratischen Geheimrats Dr. Günther als richtunggebend an, der sogar eine ausgesprochene Oppositionsstellung gegen die Sozialdemokraten für kein Unglück hält. Auch das führende demokratische Blatt Frankens, der Frankische Kurier, nimmt wie erinnerlich, eine ähnliche Stellung ein. Man erwartet in bayerischen politischen Kreisen, daß sich diese Bestrebungen in bald zu einer Aktion der Demokraten innerhalb der neuen Reichstagsfraktion verdichten werde.

Der Landwirtschaftsrat u. die Zwangswirtschaft.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat verschiebt folgende Erklärung an alle deutschen Länder und Provinzen:

„Die vom Deutschen Landwirtschaftsrat eingeladenen Abgeordneten aller Länder erklären zur Frage der Zwangswirtschaft folgendes:

1. Die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse darf sich für das Erntejahr 1920/21 nur noch auf Getreide und Milch unter Vermeidung von Härten für den Erzeuger beschränken. Alle übrigen Erzeugnisse sind ganz frei zu geben. Die Bestimmungen der Zwangswirtschaft sind aber bereit, die Beschaffung inländischer Lebensmittel, unter Ausschluß behördlicher Einwirkung beim Abschluß, durch Lieferungsverträge sicherzustellen.
2. Sollte diesen Grundregeln nicht schleunigst Rechnung getragen werden, so müssen die landwirtschaftlichen Organisationen jede Mitarbeit für die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes ablehnen.
3. Erst: Voraussetzung für die Besserung der Lebensmittelpreise des deutschen Volkes ist die Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion. Diese kann aber nur wieder hochkommen, wenn den Landwirten endlich voll: Freiheit in ihren Betrieben gegeben wird.“

Von der Ein- und Ausfuhrbureaucratie.

Der Köln. Ztg. entnehmen wir folgenden interessanten Fall der Ein- und Ausfuhrbureaucratie.

Ich bin Besitzer einiger seit mehr als 40 Jahren an den Volksschulen des Saargebietes eingeführten Unterrichtsbücher, die in großer Anzahl an den dortigen Schulen gebraucht werden. Gedruckte Bücher unterliegen der Zollbesitznahme, und merkwürdigerweise sind diese auch auf Schulbücher ausgedehnt worden, die für eine weitere Ausfuhr nach Frankreich (es handelt sich um Rechen- und Liederbücher) nicht in Betracht kommen. Es dürfte nicht im Interesse des Reiches liegen, die Einfuhr deutscher Schulbücher in das Saargebiet durch umständliche Zollvorschriften zu erschweren. Bevor ich bei dem Delegierten des Reichskommissars in Köln die Einfuhrerlaubnis beantrage, habe ich die Gelegenheit mit dem hiesigen Mitglied der Nationalversammlung, Herrn Lehrer Kley, besprochen, der mir eine Eingabe eine Nachschrift beifügte, in welcher er seinem Erstantrag darüber Ausdruck gab, daß deutsche Schulbücher ebenfalls den Zollvorschriften unterliegen, und die sichere Erwartung aussprach, daß der Reichskommissar die Angelegenheit auf schnellstem Wege erledigen würde. Am 13. April sandte ich an den Delegierten des Reichskommissars in Köln den Antrag zur Einfuhrerlaubnis. In der Sendung Rechenbücher usw. in das Saargebiet. Verzichtungsschein der Handelskammer Saarbrücken. Ursprungszeugnis und ausgefüllte Formulare lagen dem Antrag bei. Ich machte in dem Schreiben ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es sich um Schulbücher handle, die beim Wiederbeginn des Unterrichts am 20. April benötigt würden, und bat um vorzugsweise beschleunigte Behandlung. Am 16. April erhielt ich vom Delegierten des Reichskommissars eine vorgezeichnete Mitteilung, wonach meine Einfuhrerlaubnis an die Zweigstelle der Handelskammer Saarbrücken in Berlin, Linkstr. 25, zur „Stellungnahme“ überandt worden sei. Ich bitte zu beachten: Die Handelskammer Saarbrücken selbst stellt dem Bezieger die Einfuhrerlaubnis aus, und der Herr Reichskommissar hält es trotzdem für nötig, die Zweigstelle Berlin zu einer „Stellungnahme“ aufzufordern. Nebenbei gesagt ist der Bezieger eine Firma, die auch der Kölner Stelle vielleicht nicht hätte unbekannt sein können. Da ich nach Empfang dieser eigenartigen Mitteilung eine unliebsame Verzögerung der Angelegenheit voraussetzte, beauftragte ich einen Berliner Geschäftsfreund, in der Linkstr. 25 persönlich vorstellig zu werden. Mein Geschäftsfreund berichtet mir nun, daß in der Linkstr. 25 die Zweigstelle nicht aufzufinden sei, und daß es ihm nach getraubenen Ermittlungen gelungen sei, diese in der Bernburgerstr. 18 zu ermitteln. Diese famose Zweigstelle (die übrigens inzwischen mal wieder umgezogen ist, und zwar nach Unter den Linden 17-18) habe nur dreimal in der Woche Sprechstunde, und als mein Geschäftsfreund nach

zweimaligen vergeblichen Versuche beim drittenmal den Leiter antrat, wurde ihm mitgeteilt, daß die Eingabe befürwortet an den Papierindustrieverein, Kaiser 22. am 5. Mai weitergegeben worden sei. Am 14. Mai, also nach vier Wochen, erhielt ich endlich die sehnlichst erwartete Bescheinigung, und am 5. Juni, also sechs Wochen nach Schulbeginn, erhielt ich die Mitteilung, daß die Sendung pfläglich in Saarbrücken eingetroffen ist. Durch die Erfahrungen Flug gemacht, richtete ich am 15. Mai den Antrag mit Berechtigungschein und Ursprungszeugnis usw. für eine weitere Sendung nach dem Saargebiet unmittelbar an die Zweigstelle Berlin. Trotz wiederholter schriftlicher und telegraphischer Reklamationen bin ich bis heute, also nach vier Wochen, noch ohne jede Rückmeldung. Abermals machte ich meinen Berliner Geschäftsfreund mobil, dem es endlich gelang, den Herrn Assessor selbst zu sprechen. Die Angelegenheit soll nun sofort erledigt werden, und ich bin nun neugierig, wann ich endlich die Berechtigung in Händen haben werde. Die Sendung Schulbücher, die in den Schulen des Saargebietes dringend benötigt werden, steht seit Wochen zwecklos auf meinem Lager.

Deutschland.

D Auslosung der Sparprämienanleihe. Die am 1. Juli in Berlin im Reichshaus, Cranienstr. 106 stattfindende Auslosung der deutschen Sparprämienanleihe bringt zum ersten Male neben der Gewinnziehung mit je vier Gewinnen zu 1.000.000 Mark, je vier zu 500.000 Mark, zu 300.000 Mark, und zu 200.000 Mark u. a. eine Ziehungsziehung. In dieser werden, wie wir hören, 40.000 Lose ausgelost, davon 20.000 mit dem Nennwert abzüglich Kosten, also mit 1050 Mark für das Stück und weitere 20.000 Lose mit einer Prämie von 1000 Mark, mithin mit 2050 Mark für das Stück. Die Gewinne werden nicht zur Einkommensteuer herangezogen und unterliegen auch nicht der Kapitalertragsteuer.

D Deutsch-Europäischer Wirtschaftsverband. Der Verein deutscher Fabrikanten und Exporteure für den Handel mit Ausland, E. S. A. Reichsverband, hat heute seine 14. ordentliche Generalversammlung hier abgehalten, die von Vertretern aus ganz Deutschland besucht war. Die Versammlung beschloß, den Verband auf breitere Grundlage zu stellen, seinen Namen in Deutsch-Europäischer Wirtschaftsverband umzuwandeln und seinen Sitz nach Elberfeld zu verlegen. Es wurde ferner der Beschluß gefaßt, sich für den Handel mit dem gesamten Osten mit allen Mitteln vorzubereiten und die Einstellung der Beziehungen im Osten aufs genaueste zu beobachten.

Dr. Brauns. Der neue Reichsarbeitsminister Dr. Heinrich Brauns ist am 3. Januar 1868 in Köln geboren. Er studierte katholische Theologie in Bonn und Köln, später Nationalökonomie und Staatsrecht in Bonn und Freiburg i. B. Von 1890 bis 1895 war er Assessor in Aachen, von 1895 bis 1900 Minister im Reichsamt für den Handel mit dem Ausland an der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M. Gladbach und Leiter der dortigen Organisationsabteilung und der volkswirtschaftlichen Arbeit des Volksvereins.

D Die Telegraphen- und Fernspreckgebühren. Vom 1. Juli an beträgt die Telegrammgebühr bei gewöhnlichen Telegrammen 2 Pfennig für jedes Wort, mindestens 2 Mark; bei Prestelegrammen die Hälfte dieser Gebühren. Für dringende Telegramme wird die Wortgebühr dreifach berechnet. Innerhalb Deutschlands kann der Absender die Weiterbeförderung durch Eilboten, ohne Rücksicht auf die Entfernung, mit 2 Mark für jedes Telegramm voranbezahlen. Eine Mitteilung über entrichtete Gebühren kostet 50 Pfennig. Für die Mitnahme der Telegramme durch die Boten und die Landbriefträger wird eine Zuschlaggebühr von 30 Pfennig für jedes Telegramm erhoben. Die Gebühren für Telegramme nach dem Ausland sind auf der Tafel für Telegramme zu ersehen, die bei den Postanstalten für 20 Pfennig käuflich ist. Die Entsprechungsgebühr für einen Fernsprechanruf beträgt jährlich in Berlin 800 Mark, die Grundgebühr 190 Mark. Die Gebühr für einen von der Reichstelegraphenverwaltung herzustellenden und zu unterhaltenden Nebenanschluß mit gewöhnlichem Gehäus beträgt jährlich 80 Mark; für Nebenschlüsse für Dritte jährlich 120 Mark; außerdem sind für jeden Nebenanschluß jährlich mindestens 20 Mark an Leitungsgebühr zu zahlen (für je 100 Meter Leitung 20 Mark Zuschlaggebühr). Die Baukosten für den Vorwerfer beträgt 1000 Mark. Die Teilnehmer haben zum Ausbau des Fernsprecknetzes einen einmaligen Beitrag von 1000 Mark für jeden Hauptanschluß und von 200 für jeden Nebenanschluß zu leisten. Der Beitrag ist am 1. Oktober fällig. Die Gebühren für ein Fernspreckgespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer betragen bei einer Entfernung bis zu 25 Kilometer 80 Pfennig, 50 Kilometer 1 Mark, 100 Kilometer 2 Mark, 300 Kilometer 3 Mark, 500 Kilometer 4 Mark, 750 Kilometer 5 Mark, 1000 Kilometer 6 Mark und über 1000 Kilometer 8 Mark.

D Stinnes über Spa. Hugo Stinnes erklärte dem Berichterstatter des Rheinischen Vereins: Besiegte und Sieger hätten die Pflicht, zu produzieren und Werte zu schaffen, um die zerstörten zu ersetzen. Man sagt, in Spa wird man dieses Wort ins Auge fassen. Spa komme viel zu früh. Es werde ein Risiko für beide Teile sein. Man hätte noch einige Monate verstreichen lassen sollen, dann hätten sich die wirtschaftlichen und sozialen Probleme so entwickelt, daß sich eine Lösung von selbst ergeben hätte. Deutschland hätte seine Arbeiter von der Notwendigkeit größerer Arbeitsleistungen überzeugen können. Augenblicklich sei dies schwer. Stinnes erhofft eine Besserung der Lage der Arbeiter nicht durch internationale Steuern; Kohlen, Eisen und Vorkriegsmittel könnten besenert werden. Ein in Spa zu treffendes allgemeines Abkommen sieht Stinnes als den Beginn eines solchen Abkommens an.

D Der Oberpräsident der Rheinprovinz teilt mit:

Die mannigfachen Beschwerden des besetzten Gebietes über die Behandlung der Anträge auf Einfuhrbewilligung bei den ausländischen Stellen bitten auch mich zu telegraphischen Vorstellungen beim Reichswirtschaftsministerium voranzutreiben. Das Reichswirtschaftsministerium teilt mir darauf mit, daß der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung mit dem Rheinischen Delegierten Herrn Regierungsrat Rauter, die in Betracht kommenden Fragen eingehend besprochen hat. Ferner hat er die Außenhandelsstelle gebeten, in jeder Weise, insbesondere durch Veröffentlichung in der Fachpresse, die Kreise von Industrie und Handel über die Geschäftsbereiche der in Betracht kommenden Stellen aufzuklären. Auch wird der Herr Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen voraussichtlich am 30. Juni persönlich nach Köln kommen, um die herbeigetretenen Beschwerden mit den Vertretern von Handel und Industrie zu besprechen.

D Anfragen. Eine Anfrage Dr. Köhler, Bezirksrat (Zittl.) in der preussischen Landesversammlung dringt der Überfall auf Breslauer Studierende am 17. Mai durch die

ten halbmonatigen, mit Knäpeln bewaffneter Burshen und des anerkennbaren Verlangens der Sicherheitswehr bei diesem Angriff zur Sprache. Eine Anfrage Herr, Kammich (Str.), lautet: In der Lehrerschaft wünscht man Aufklärung über folgende Fragen: 1. Der vollqualifizierte Student einer Oberrealschule oder eines Realgymnasiums ist berechtigt, in Latein, Griechisch oder irgendeiner Sprache geordnet eine Ergänzungsprüfung zu machen. Den Volksschullehrern wird diese Berechtigung nicht zuteil. Sie müssen in Griechisch und Latein oder in Englisch und Latein zusammen das Examen machen. Eine Teilung hat beispielsweise das Provinzialhochschulgesetz in Preußen abgelehnt. Ist die Regierung bereit, hier eine Angleichung an die Prüfungsbedingungen der übrigen Studierenden vorzunehmen? 2. Zur zweckdienlichen Einrichtung des Studiums der Lehrer erscheint baldiger Erlass der Prüfungsordnung für Staatswissenschaften notwendig. Wann wird sie erlassen?

D Der Reichstag des Reichstags hielt heute vor dem Plenum eine Sitzung ab und bestimmte, welche Parteien den Vorsitz in den verschiedenen Ausschüssen führen sollen. Den Vorsitz im 1. Ausschuss (Reichshaus) erhalten die Sozialdemokraten, im 2. Ausschuss (Volkswirtschaft) die Unabhängigen, im 3. Ausschuss (Sozialen) das Zentrum, im 4. Ausschuss (Unternehmensaufsicht) die Demokraten, im 5. Ausschuss (für auswärtige Angelegenheiten) die Deutsche Volkspartei, im 10. Ausschuss (Ausführung des Friedensvertrages) die Sozialistische Volkspartei. Die politische Aussprache soll am Mittwoch um 1 Uhr fortgesetzt und Donnerstag beendet werden. Es dürfte dann möglich sein, am Freitag den Notetat und die übrigen kleinen Sachen zu verabschieden.

D Die deutschen Vertreter für Spa. Wie heute im Reichstag des Reichstags mitgeteilt wurde, werden an den Verhandlungen in Spa voraussichtlich der Reichsfinanzminister teilnehmen.

D Ein neues Stadium in der Beamtenfrage. Die Vertreter der einzelnen Beamtenorganisationen des Saargebietes waren heute nachmittag zu einer Besprechung mit Vertretern der Regierungskommission nach dem neuen Landgericht eingeladen. Bei dieser Gelegenheit wurde den Beamtenvertretern der Entwurf des neuen Beamtenstatuts überreicht. Darin sind die vom Präsidenten Rat der Beamtenvertreter Herrschel gegebene Zustimmung mit enthalten, weiter aber auch Bestimmungen vorgesehen, die für die Beamtenstatut in dieser Form nicht annehmbar erschienen. Die Vertreter der Beamtenorganisationen erklärten daher, sich erst eingehend mit den einzelnen Bestimmungen des neuen Statuts vertraut machen zu müssen, bevor sie hierzu Stellung nehmen könnten, weshalb dem Verlangen auf Vertagung einer Aussprache über das Statut stattgegeben wurde.

D Deutsche Schulgesetze im Saargebiet. Die Regierungskommission in Saarbrücken hat genehmigt, daß im nächsten Teil des Saargebietes vorläufig bis 30. April 1921 folgende Schulgesetze in Geltung treten: Das bayerische Schulgesetz vom 14. August 1919, das Schulbesetz vom gleichen Tage und die Verordnung vom 28. August 1919 über Schulbesetz, Schulleitung und Schulaufsicht für die Volksschulen. Gleichzeitig wurden in ihren Beamten bestätigt die Bezirkschulräte für Stadt und Distrikt St. Ingbert, Schneider für Distrikt Bliestal, Lang für Bezirk Homburg.

Die Verhandlungen mit Krasin.

London, 29. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des Observer weiß über den Stand der Verhandlungen mit Krasin zu melden, daß ihr politischer Zweck durch die Lage in Kleinasien naturgemäß bedingt werde. Es sei keinerlei politische Abmachungen mit den Russen möglich, solange das Ansehen der Verbündeten im Nahen Osten nicht wiederhergestellt sei. Daher ruhen für den Augenblick die politischen Verhandlungen, obwohl eine neue Zusammenkunft Lloyd Georges mit Krasin für den Anfang dieser Woche vereinbart sei. Doch seien die rein geschäftlichen Verhandlungen insofern ruhig fortgesetzt worden, und am Samstag habe an einer Besprechung der beiderseitigen Vertreter zum ersten Male ein japanisches Mitglied teilgenommen. Man sei ein gutes Stück weitergekommen und dürfte nicht, daß die Verhandlungen scheitern könnten. Ein großes Hindernis bereite die russische Auffassung von der Abschaffung des Privateigentums, die der Auffassung der westlichen Welt völlig entgegenstehe. Aber auch hier hoffe man, einen Mittelweg zu finden, um etwas Ersprießliches zu Stande zu bringen.

Die russische Offensive gegen Polen.

Moskau, 28. Juni. Die seit einem Monat immer wieder angekündigte große Offensive der Russen, deren Beginn jedesmal widerrufen werden mußte, scheint nunmehr gesichert auf der ganzen Linie begonnen zu haben. In dem Leningrader Moskauer Bericht heißt es heute, daß infolge des Eindringens der russischen Kavallerie in die Frontlinie folgende Erfolge erzielt wurden: 1. Die zweite polnische Armee ist außer Gefecht gesetzt. 2. Die dritte polnische Armee in der Gegend von Lissa ist von ihren rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten worden. 3. Die letzte polnische Armee in der Gegend von Polesie hat an ihrer rechten Flanke die Städte verloren und ihren Rückzug bereits begonnen. Ausgehend von dem Eindringen in die polnische Front hat die russische niederschmetternde Offensive auf der ganzen Front begonnen. Die dritte polnische Armee hat auf die Geheiß hin in unsere Hände zu fallen, ganze Lager vernichtet; ihr Rückzug hat sich in eine Flucht verwandelt. Ein Teil der Armee fiel in unsere Hände, ein Teil hat sich über Felder und Wälder zerstreut, dem Rest gelang es, sich einen Weg über Aepfen zu bahnen. Jedenfalls besteht die dritte polnische Armee nicht mehr. Wir haben 70 Geschütze, 250 Maschinengewehre und ungezählte Gewehre und Schießbedarf erbeutet. Gegenwärtig ist die letzte polnische Armee in Mählen, die zweite Armee hat sich aufgelöst, um sich aufzulösen, die dritte Armee besteht, wie bereits erwähnt, nicht mehr. Die rote Armee marschiert auf der ganzen Front vorwärts; sie hat die Bafnlinie Morutsch - Salatin - Winita - Manika überschritten.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Stenograph. Auf die Bekanntmachung im gestrigen Kreisblatt Herr. Natural- und Sachzüge wird hiermit hingewiesen. Deren Wert unterliegt als erst vom 1. August ab dem Steuerabzug.

Der Gabelsberger Stenographenverein unternahm am Sonntag einen Ausflug nach dem Kuppertal. Mit der Eisenbahn wurde bis Niederlahnstein gefahren und von hier aus ging es zu Fuß nach Hohenstein, von wo der Aufstieg durch das romantische Tal erfolgte. Nach kurzer Rast ging es weiter dem Abhängen des Hohenstein über die Hügel, Vahne, Friedr. Lehen nach Hohenstein, wo ein gemütliches Tanzfränzchen die Teilnehmer bis zum letzten Tag nach Bad Ems zusammenhielt. Jedem der Teilnehmer wird dieser Ausflug

in angenehmer Erinnerung bleiben, und ist es zu hoffen, daß der Verein noch mehrere solcher Ausflüge unternimmt.

Der Beamtenverein welcher seit dem 7. Juni 1919 ein gerichtliche eingetragener Verein ist, hat, wie wir hören, auf Grund neuer Maßnahmen die Möglichkeit, den hiesigen Beamten und Angestellten wirksamer als bisher zur Seite zu stehen. Es werden für die weit über 300 zählenden Mitglieder eine Reihe beruflicher und wirtschaftlicher Vorteile angestrebt, welche jedem Berechtigten den Beitritt zu dem Verein empfehlen dürften. Alle Beamten, Lehrer, Ärzte, sowie deren Witwen und Töchter sind auf Grund der Statuten aufnahmefähig, was besonders auch die angezogenen Mitglieder interessiert wird. Die Steuerorganisation des Deutschen Beamtenbundes wird auch in den deutschen Teilgruppen die alte Besten zur Geltung bringen, daß Zusammenschluß in der heutigen Zeit stark und einflussreich macht.

Generalversammlung des Rudervereins. Der Ruderverein Ems hielt am Montagabend eine Generalversammlung ab, die einen sehr zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte. Im Mittelpunkt des Interesses stand die Neubestimmung und der Besuch weiterer Regatten in diesem Jahre. Die in Frankfurt siegreiche Mannschaft soll zunächst die Regatta in Höchst besuchen. Bei der Ems-Regatta am 18. Juli werden mehrere Vierer Mannschaften starten und aus der Bremer Regatta soll der Verein ebenfalls stark vertreten sein. Die hiermit verbundenen Kosten kann aber der Verein ohne eine besondere Unterstützung seiner Mitglieder nicht tragen, wenn nicht sein Hauptziel, die Erhebung eines Bootschutes dabei gefährdet werden soll. Es wurde deshalb der Beschluß gefaßt, einen freiwilligen Beitrag zum Besuch der auswärtigen Regatta zu erheben, der grundsätzlich für die aktiven Mitglieder 10 Mark, für die inaktiven Mitglieder 5 Mark betragen soll. Der Freiwilligkeit jedes Einzelnen sind dabei jedoch keine Grenzen gesetzt, und es ist zu hoffen, daß ein jeder nach seinen Kräften beisteuern wird, damit der frische Geist, der die Ruderer befeuert, erhalten bleibt, und ihnen die Möglichkeit zu weiteren Erfolgen gegeben wird. Das Blühen und Gedeihen des Vereins hängt hier von ab. Der bisherige, bestbeachtete 1. Schriftführer Herr Erich Gabel überreichte am 1. Juli nach Abschied von seiner Stelle wurde Herr Paul Kellen einstimmig gewählt.

Silberne Hochzeit. Die Eheleute Georg Eichelbach von hier feiern heute in voller Blüthe die 25. Hochzeit ihres Hochzeitstages. Mögen Gesundheit, Glück und Zufriedenheit auch fernhin ihre treuen Begleiter sein, wie von nah und fern heute die aufrichtigen Wünsche sich vereinen.

Aus Diez und Umgegend.

! Vom Einrich. Nach Beilegung großer Schwierigkeiten ist es gelungen, unsere Zeitung schneller als bisher zum Einrich gelangen zu lassen, jedoch ist ihnen Tag früher in den Händen unserer Leser ist. Möge dies zu beitragen, die Abhängigkeit unserer Verleger zu beenden und weitere Kreise für unsere Zeitung zu interessieren.

! Vom Einrich. Auch unser Gebiet leidet sehr unter der Wildschweinsplage. Doch ist es sehr schwer, den Schwartztieren bezukommen. Mit Genehmigung der Polizeibehörde fanden bereits in Oberhausen und Schönborn Polizeijagden statt, leider aber mit gar keinem Erfolg.

! Schönborn, 20. Juni. Unser, gewiß nicht zu den reichsten Gemeinden des Kreises zählendes Dorf, ist in der Aufnahme von Stadtkindern bereits vorüberfällig vorausgegangen, indem es zahlreiche Kinder in hiesigen Familien unterbrachte. Den Eltern dieser Kinder und noch mehr diesen selbst, ist damit eine große Freude gemacht.

Letzte Nachrichten.

Eigener Drahtnachrichtendienst der Diez und Emser Zeitung.

Fehrenbach vor dem Reichsrat.

Moskau, 28. Juni. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Reichsrates stellte sich der Reichsanwalt Fehrenbach vor. Er sagte dabei, er lege großen Wert auf ein Vertrauensverhältnis und gemeinsames Arbeiten zwischen Reichsrat und Reichsregierung. Die Interessen von Reich und Ländern seien ja doch in den wesentlichen Punkten die selben; in der großen schweren Zeit seien wir aufeinander angewiesen. Wie er sich im einzelnen das Verhältnis zwischen Reich und Ländern denke, habe er bereits gestern in seiner Programmrede zum Ausdruck gebracht. Er würde sehr erfreut sein, wenn er den eigenen Anschauungen des Reichsrates in diesen Punkten damit näher gekommen sei, und wenn die Anschauungen darüber übereinstimmen würden.

Die Aufnahme der Reichstagsreden.

Moskau, 29. Juni. Abgesehen von den Unabhängigen herrscht bei allen Parteien Verwirrung über die gestrige erste Reichstagsdebatte vor. Kein Vertrauen gibt die Regierung, so schreibt die Botschaft Zeitung. Die Germania findet es selbstverständlich, daß jetzt da das Zentrum an die Spitze der Regierung treten mußte, seine Auffassung sich noch energischer in den Vordergrund dränge, als dies bisher schon habe zeichnen können. Das Zentrum hat sich nicht an die verantwortungsvollen Stellen gedrängt, sondern diese nur aus Pflichtgefühl übernommen. Das Reichstagsblatt sagt, die jetzige Regierung sei eine solche, zwischen den Schächten ihre Politik sei die Politik des Wartens, die schließlich alle Parteien einzuhalten schienen. Wie der Vorwärts schreibt, zeigte sich das augenscheinliche Gleichgewicht der Kräfte, auf dem die neue Regierung basiert, darin, daß der Abg. Berg sich von rechts her Erklärung zu eigen machte, die Scheidemann von links her abgab.

Die Entschädigung für die Reichstagsmitglieder.

Moskau, 30. Juni. Der Reichsrat nahm gestern den Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstags an. Die monatliche Entschädigung wurde auf 1500 Mark bemessen.

Seifert-Grzberger.

Moskau, 29. Juni. Die durch die Presse vergangene Mitteilung, der Prozeß Grzberger-Seifert werde am 9. Juli vor dem Reichsgericht wird hier als unzutreffend bezeichnet. Der Prozeß wird vermutlich nach den Richtersferien verhandelt.

Aus nach Moskau.

Moskau, 29. Juni. Ueber den Kreis Schleusen, Provinz Sachsen, wurde auf Antrag des als Regierungskommissar zuständigen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und im Einverständnis mit dem preussischen Minister des Innern der Ausnahmezustand verhängt.

Lebensmittelanruhen in Würzburg.

Mz. Würzburg, 30. Juni. Auch hier kam es zu Lebensmittelanruhen. Eine nach tausenden zählende Menschenmenge versammelte sich vor dem Rathause. Die Reichswehr hatte daselbst Befehl und forderte die Menge auf, auseinanderzugehen. Als diese der Aufforderung nicht nach auszuweichen. Als diese der Aufforderung nicht nach auszuweichen. Als diese der Aufforderung nicht nach auszuweichen.

Der Versuch Lebensmittelanruhen in Berlin. Mz. Berlin, 30. Juni. Der Versuch, Lebensmittelanruhen in der Zentralmarkthalle hervorzurufen, ist durch schnelles Eingreifen der Sicherheitspolizei im Keime er-

stickt worden. Der Mädelführer, der aus Hamburg kommen soll, ist festgenommen worden.

Unwetter. Mz. Neu-Gersdorf, 29. Juni. Gestern Abend ging gegen 6 Uhr über die hiesige Gegend ein schweres Gewitter verbunden mit wolkenbruchartigem Regen und Hagel nieder. Die Hagelschlossen erreichten die Größe von Taubeneiern, und zertrümmerten in den Nachbarn, namentlich in Eibau, hunderte von Fensterscheiben. Das Unwetter, das von ungewöhnlicher Stärke war, hat die Ernte freilich teilweise vollständig vernichtet und auch in den Obhgärten erheblichen Schaden angerichtet. Heute lagen die Schlossen noch teilweise 25 bis 30 Zentimeter hoch.

Stiftung der heffischen Regierung. Mz. Mainz, 30. Juni. Die heffische Regierung hat der Wein- und Obstbauschule Oppenheim zu ihrem 25jäh-

rigen Bestehen eine Jubiläumstiftung von 150 000 Mark überwiesen, von deren Zinsen strebsame Schüler mit Stipendien bedacht werden sollen.

Rückgabe der Kriegstrophäen.

Mz. Paris, 29. Juni. Gemäß Artikel 145 des Versailler Vertrags, der die Rückgabe der Kriegstrophäen der beiden letzten Kriege vorsieht, hat die deutsche Regierung dem Oberkommissariat der Republik in Straßburg 36 alte Kanonen übergeben, die die deutschen Truppen 1870 erbeutet hatten.

Generalfest in Italien.

Mz. Mailand, 30. Juni. In einer Nachtigung des Arbeiterkomitees wurde beschlossen, den Generalfest zu proklamieren.

Bekanntmachung.

Die Wand- und Mauerwerke unter dem Viehbestande des Heinrich Weyer - Mühlstraße 8 - ist erloschen.

Die Geschäftsverteilung wird hiermit aufgehoben. Bad Ems, den 30. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Öffentliche Warnung.

Die hohen Preise für Obst und Gemüse sowie für sonstige Artikel des täglichen Bedarfs haben auch unter der Bevölkerung von Diez berechnete Enttäuschung hervorgerufen. Diese Preise sind in der Zeitung darüber zurückzuführen, daß Erzeuger, Groß- und Kleinhandlüber übermäßige Gewinne erzielen wollen. Es ist festgestellt worden, daß die Preise in Diez vielfach erheblich höher sind als selbst in größeren Städten des Bezirkes. Wir warnen hiermit Erzeuger und Verkäufer vor ungerechtfertigten Preiserhöhungen und erwarten, daß dieser Hinweis Beachtung findet, andernfalls wird uns gezwungen sehen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Diez, den 29. Juni 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Ab 1. Juli d. Js. sind die Bäckereien Adolf Scherth und W. Schwarz mit dem Baden des Krankenbrotbes beauftragt.

Diez, den 29. Juni 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Vorstand des Rindvieh-Versicherungsvereins für den Unterlahnkreis hat für das kommende Halbjahr (1. 7. - 31. 12. 20) die Höchstgrenze für Abschätzung der Tiere von 1500 auf 3000 Mark erweitert. Damit ist dem Wunsch vieler Mitglieder Rechnung getragen worden. Der Verein, der über 54 000 Mark Kapitalreserven verfügt, hat von eintretenden Mitgliedern einen Eintrittsgeld nur 1/4 Prozent der Versicherungssumme der zu versichernden Tiere. Die Versicherungsgebühren sind halbjährlich auf ein halbes Prozent festgelegt. Die noch unberücksichtigten Mitglieder des Vereins sollten die günstige Gelegenheit zum Eintritt in den Verein, der jederzeit erfolgen kann, nicht verpassen. Auskunft erteilen jederzeit die Ortsbevollmächtigten und der Geschäftsführer des Vereins. Nebstamt Diez in Diez.

Diez, den 28. Juni 1920.

Der Vorstand des Rindvieh-Versicherungsvereins für den Unterlahnkreis. Scheuern, Landrat i. V.

Schachverein Bad Ems.

Donnerstag, den 1. Juli
: von 8 bis 10 1/2 Uhr :

Spielabend im Kursaal.

Schachfreunde willkommen.
Anfänger finden Gelegenheit zu weiterer Ausbildung.

Schachvereinsgesellschaft Bad Ems.

Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Pfandversteigerung
bei Hlad, Marktstraße

Der Vorstand.

Einrichtung und Lieferung

von

maschinellen Anlagen für
Landwirtschaft u. Gewerbe

führt aus

N. Finkler, Diez a. d. L.
Oberstrasse 25, Fernruf Nr. 309.

Prima Hafer

offert zum Tagespreis

Jacob Landau, Nassau.

Telefon 6.

(1245)

Rheumatismus

rheum. Kopf u. Schulterschmerzen (Vergiftung, Infektion) Ber daran leidet und alles schon nutzlos versucht, dem können wir helfen. Es ist gefunden das einzig wirkliche Naturmittel. - Keine Bäder, keine Einreibungen, keine Massagen, kein Tee. - Wir versprechen nichts, sondern wir garantieren für den Erfolg. - Verlangen Sie sofort kostenloses Prospekt.

Gebr. Birnstengel, chem. Laboratorium,
Elsterwerda-Biehla.

Gut u. preiswürdig

den Tagespreisen entsprechend werden

Massarbeiten Reparaturen

in eigener Werkstätte ausgeführt.

Leder- und Schuhwaren-Haus

Adolf Meyer

Marktplatz 8 DIEZ Fernspr. 275

Sommer-Räumungs-Verkauf

auf Tischen ausgelegt grosse Posten nur Ia Qualität

Kinderstrümpfe bis 1/4 unter

Kindersöckchen bisherigem Preis

Damenstrümpfe, 19,90 u. 24 Mk.

Herrensocken, 13.- Mk.

Posten Korsets Ia. Façon u. Qualität

mit 20% Rabatt

Erstlingswäsche, Jäckchen 9,50, Tücher 9,50,

Schnuren 4,75, Röckchen, Hauben, Zipfelmützen,

Russenkittel, Spielhöschen.

Posten Strickwolle 10 Lot 16 Mk., Baumwolle 7,50.

Rosenstr. 22 B. Schmiemann, Diez. Rosenstr. 22

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und bei der Beerdigung unserer teuren Entschlafenen

Frau P. Dittmar Wwe.

besonders für die zahlreichen Blumen-spenden und Beileidsbezeugungen sagen wir Allen unsern herzlichsten Dank.

Geschwister Dittmar.

BAD EMS, 29. Juni 1920.

Nebenverdienst

bis 1000 M. monatlich leicht zuhause, ohne Vorkenntnisse. Dauernde Exist. Nach auf briefl. Anfr. durch E. Wochel & Co., G. m. b. H. Berlin-Nikolaifeld, Postfach 310.

la. Kristall-Speisesalz

liefert billigst

A. Streicher, Diez.

Fernruf 254.

Erdal

Schuhputz

ist ohne Frage ein Glanzpunkt dieser trüben Tage.



schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Kriegesbeschädigte!

Em.

Donnerstag, den 1. Juli,

abends 9 Uhr:

Verammlung:

bei Kamerad G. Diez,

Marktstraße.

Tagesordnung:

1. Unter Ementag.

2. Mitteilungen.

Der Vorstand.

Gauturn- u. Volksfest

in Bad Ems

am 11. 13. u. 16. Aug.

1920.

Festpl.: Höhenollernanlagen

In vorgenannten Festlich-

keiten soll die Festwirtschaft

vergeben werden. Bewerber

wollen sich an Herrn Archid.

Hesse, Ems, Bahnstr. 42

wenden. 1.39

Der Plakausch.

Trink-Eier

hat jedes Quantum 1/2 ab-

gegeben

Henry Dahnhardt,

Einzel, Altdorfer-

straße 23. Fernruf. 101.

Gallensteine!

beseitigt schmerzlos inner-

halb 24 Stunden unser

„Reugamit“

Prospekte mit vielen Dank-

schreiben gratis.

Beumers & Co., Köln

Saliering 88. 1106

Kaufe Möbel

junge Einrichtungen zum

Hochwert.

Geirich Janshaver,

Coblenz, Wehlstr. 6.

Telefon Nr. 1888.

Ziehung 7. - 15. Juli.

Lehrerheim

Kinderheim

Los 2. M. je 1 Mark.

5 Lose M. 11,50, 10 Lose

M. 23.-, 20 Lose M.

44.-, 40 Lose M. 80.-

50 000 Lose

30 000 M bar Geld

A. Eulenberg jr.,

Elberfeld.

Schöne bide Johannes-
becken, Kopfsalat, große
feste Röpfe, abzugeben
(auch an Händler) sowie
alle anderen Gemüse
liefer zu mäßig. Preisen
Dienstags, Donnerstags
und Samstags frei ins
Haus

S. Zuhende, Gärtnerrei

Fachbach.

Ein noch neuer 1278

Kinderwagen

(Brennabor) auf Gummi-

dopp. Gardinen, led. Aus-

schlag zu verk.

Walbergstr. 3, Ems.

Gut erhaltenes 1290

Klavier

zu kaufen gesucht.

Edelheim, Ems, Wilhelmallee 8

Guter Wächhund

(Terrier) scharf auf Ratten

und Mäuse preiswert abzu-

geben. 1285. Gefälligst.

Glucke

mit 18 Stück 5 Wochen alt

Rüden zu verkaufen. 1276

Schulstraße 16, Ems.

1 Paar Kahlb. 1281

Damen-Schnurstiefel

Nr. 42 (neu) und mehrere

Regenschirme preiswert zu

verkaufen. 1283. Gefälligst.

Dachshund

jugelungen.

B. Rasper, Holzappel,

„Zum grünen Baum“

Betten

zu verkaufen. 1284

Joh. Marschang, Krone,

Ems.

Friseur

welche ins Haus kommt

sucht Kunden.

Rahnstr. 47, Ems.

Telefon 193 (1277)

Dienstmädchen

gesucht. 1285

Joh. Marschang, Krone,

Ems.

Mädchen

oder Stundenmädchen gesucht.

Koblenzerstr. 77, Ems.

Junger Mann

sucht Stellung auf Gut od.

sonstiger Landwirtschaft Off.

unter 2. G. 202 an die

Geschäftsstelle. 1217

Wohnung

möbliert oder leer von 3-6

Zimmern, Küche etc. für

kommenden Winter zu mi-

gekauft. Off. unt. 2. 200

an die Gesch.

Ein Paar fast neue

Gummi-Wasserstiefel

preiswert zu verk. 1261

Panorama, Ems.

Beweglicher Händler

Zu verkaufen:

1 Rind, Schuppenblase

m. Zubehör, 1 Feuerweh-

rod m. Räder, 3 getr. Hölz-

(58 cm.) Eintrachtg. 1. 11

1267 Ems

Zum Wiederverkauf

offerierte ich:

25 000 Gelee- u. Kon-

servengläser

5 000 Weingläser,

20 000 Biergläser mit u.

ohne Henkel,

800 Waschgarnituren,

sort.

3 000 Stück Glasschüs-

seln, sort.

5 000 Stück Glasteller,

sowie 3 Waggon Glas

und Porzellan.

Lagerbesuch lohnend.

Albert Rosenthal,

Nassau a. d. L.